Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz

Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat

Band: 81 (2006)

Heft: 10

Artikel: Untauglicher Vorstoss: Franz Webers Volksinitiative "Gegen

Kampfjetlärm in Tourismusgebieten" ist in aller Form zu bekämpfen

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-717022

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 22.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Untauglicher Vorstoss

Franz Webers Volksinitiative «Gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten» ist in aller Form zu bekämpfen

Im November 2005 reichte der Umweltaktivist Franz Weber die Volksinitiative «Gegen Kampfjetlärm in Tourismusgebieten» ein. Dieser untaugliche Vorstoss ist in aller Form zu bekämpfen.

Würde die Initiative angenommen, wären die Folgen negativ. Bei einer Annahme könnte die Schweiz ihre Lufthoheit und damit auch ihre Souveränität und Neutralität nicht mehr umfassend wahren.

Die Armee wahrt im Luftraum die Souveränität des Landes und die Sicherheit des Flugverkehrs durch den Luftpolizeidienst. Diese Aufgabe setzt eine umfassende Einsatzbereitschaft voraus, die nur mit Übungen erreicht und gehalten werden kann. Bei einer Annahme der Volksinitiative wäre das nicht mehr gewährleistet.

Glaubwürdiges Training nötig

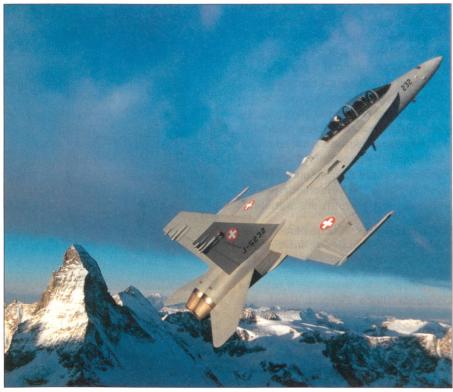
Die Initiative lässt in der Schweiz keine glaubwürdigen Übungen mit Kampfjets mehr zu. Die heutigen Trainingsräume würden stark eingeschränkt und würden nicht mehr genügen. Diese Räume sind durch die internationalen Luftstrassen und den zivilen Flugverkehr vorgegeben.

Verschiebungen sind unrealistisch, weil sie nur mit Einverständnis der internationalen Partner – das heisst mit der Zustimmung von Staaten und Luftfahrtorganisationen – möglich wären. Das hätte massive Anpassungen der Reglementierungen und Abläufe im zivilen Luftverkehr zur Folge.

Ausland ist keine Alternative

Eine vollständige Verlegung der Jetausbildung ins Ausland ist eine ungenügende und unrealistische Alternative. Übungen in der Schweiz sind wegen der topografischen und meteorologischen Besonderheiten zwingend und können nicht einfach ersetzt werden.

Das Training im Ausland hängt von der Bereitschaft der Partnerstaaten ab, die Übun-



Die Luftwaffe soll weiterhin auch in den Alpen üben können.

gen der Schweizer Luftwaffe zuzulassen, wobei die Schweiz als Gegenleistung keine gemeinsamen Trainingsmöglichkeiten hierzulande anbieten kann. Die Kosten für Übungen im Ausland wären wegen des logistischen Aufwands und wegen möglicher Gegenleistungen in Form von Geld wesentlich höher.

Bereitschaft erhalten

Das Training dient dem Erreichen und Erhalten der operationellen Einsatzbereitschaft und bildet damit die Voraussetzung, dass die Aufträge erfüllt werden können. Ohne Übungen in der Schweiz ist die Einsatzbereitschaft und damit die Fähigkeit der Armee, ihren Auftrag zu erfüllen, nicht mehr gegeben. Die Luftwaffe nimmt be-

reits heute auf die Ruhebedürfnisse der Bevölkerung und des Fremdenverkehrs Rücksicht. Sie hat in den letzten Jahren den Lärm mit zahlreichen Massnahmen reduziert. Mit dem Abbau der Kampfjetflotte um 80 Prozent ist die Zahl der Flugbewegungen massiv zurückgegangen.

Zeitliche Auflagen

Namentlich lärmintensive Nacht- und Tiefflugübungen werden im Ausland durchgeführt. Der Jetbetrieb auf den Militärflugplätzen ist restriktiv auf 8 bis 12 Uhr und 13.30 bis 17.30 Uhr beschränkt – mit Rücksicht auf die Bevölkerung und den Tourismus. All das bietet ein starkes Argumentarium im Kampf gegen Webers untaugliche Volksinitiative.

Die Initiative im Wortlaut

Der Umweltaktivist Franz Weber übergab seine Initiative am 3. November 2005 mit 134 598 Unterschriften der Bundeskanzlei. Davon wurden 113 441 beglaubigt.

Im Wortlaut verlangt die Volksinitiative, dass die Bundesverfassung im Artikel 74a wie folgt geändert wird: «In touristisch genutzten Erholungsgebieten dürfen in Friedenszeiten keine militärischen Übungen mit Kampfjets durchgeführt
werden.»

Widerstand gegen Weber

Dem Initiativkomitee geht es vor allem gegen den Militärflugplatz Meiringen. In der betroffenen Region regt sich aber starker Widerstand gegen Franz Weber.

Im Dezember 2005 gründeten die Gemeinderäte von Brienz, Brienzwiler, Gadmen, Guttannen, Hasliberg, Hofstetten, Innertkirchen, Meiringen, Schattenhalb und Schwanden ein Komitee, das die Volksinitiative bekämpft. Die Gemeinden wollen den Flugplatz Meiringen behalten. fo.

180 Arbeitsplätze

Wie die Gemeinden in der Region Meiringen schreiben, bieten die Betriebe der Luftwaffe 180 Arbeitsplätze und 25 Lehrlingsstellen an: «Es fliessen jährlich rund 25 Millionen in die regionale Wirtschaft.»

Die insgesamt zehn Gemeindebehörden weisen zudem darauf hin, dass in der Region Probleme stets im konstruktiven Dialog zwischen den Gemeinden, dem Tourismus und der Betriebsleitung des Flugplatzes gelöst werden. fo.